

# Newsletter SVP International

Ausgabe November 2012

## Die Schweiz in Gefahr?

---

Bei verschiedenen Anlässen und Veranstaltungen habe ich festgestellt, dass folgende Gesprächsthemen die Gemüter zurzeit erhitzen:

- die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit, wie überfüllter öffentlicher Verkehr und kilometerlange Staus auf den Autobahnen
- steigende Mietzinse, d.h. wenig bezahlbarer Wohnraum für Normalverdiener nahe beim Arbeitsort
- automatische Übernahme europäischen Rechts
- Aufweichung des Bankgeheimnisses auch für Schweizer
- der individuelle Freiheitsraum soll immer mehr durch staatliche Eingriffe eingeschränkt werden
- Last but not least – der EU – Beitritt ist noch immer nicht vom Tisch und wird schleichend mit der Übernahme von EU-Recht vorangetrieben

Die tägliche Komplexität, mit der wir uns Bürger in der Schweiz auseinandersetzen müssen ist enorm. Deshalb taucht immer wieder die Frage auf, ob denn der „gewöhnliche Bürger“ überhaupt kompetent abstimmen könne, die direkte Demokratie sowie das Milizparlament nicht überholt seien?

Die Antwort auf diese Fragen findet man im Modellstaat Schweiz, der sich den verschiedenen Krisen stellt, den wirtschaftlichen Erfolg mit Produkteinnovationen der KMUs weiterführt, eine tiefe Arbeitslosenrate beibehält, eine gut ausgebildete

Arbeiterschaft durch das Lehrlingsystem garantiert und trotz des starken Schweizerfrankens noch einen überragenden sozialen Standard aufweist. So viel Erfolg provoziert Neid!

Die Werte der Schweiz zeigen den Nachbarstaaten, wo die Lösungen zu ihren Problemen liegen würden. Das bedingt mehr Mitspracherecht und Selbstverantwortung der Bürger und weniger Macht für die Politiker. Doch welcher Machtpolitiker findet das gut?

Verständlicherweise versucht man dieses „Stachelschwein“ zu entfernen.

Kein Verständnis habe ich für unsere Schweizer Politiker, welche bei der Demontage der Schweiz von aussen durch Passivität, Verhandlungsschwäche, Wankelmut und Kleingeist massiv mithelfen. Den Vogel abgeschossen hat aber in letzter Zeit wieder einmal die SP, welche eine Eigentumsbeschränkung von Wohneigentum für Auslandschweizer fordert und gleichzeitig die Personenfreizügigkeit weltweit einführen will!

Gibt es in Zukunft nur noch ein Schweizerreservat irgendwo in den Bergen? Das würde natürlich sehr gut zu den Kavallerieplänen aus Deutschland passen.

Ich kenne kein anderes Land, welches seine eigenen Bürgerrechte einschränkt und diskriminiert.

Mein Fazit: Die Schweiz ist in Gefahr!

Es dürfte mittlerweile auch klar sein, dass die SVP die einzig wählbare Alternative für Schweizer ist, weil wir, SVP und SVP

International das Erfolgsmodell Schweiz in jeder Situation verteidigen und weiter entwickeln wollen.

Die Mind Map unten gliedert die wichtigsten Themen der Schweiz, soll diese anschaulich darstellen und eine Gedächtnisstütze für uns sein, die für Auslandschweizer wichtigen Geschehnisse einzugliedern. Es gibt für Schweizer im Ausland viele Fragezeichen und Themen, welche tiefer behandelt werden müssen.

Die Mind Map kann beliebig und laufend erweitert werden und deshalb, liebe SVP International Mitglieder, fordere ich Sie auf, Beiträge über Situationen aus Ihrem Gastland als Leserbriefe für unseren Newsletter, auf der Homepage [www.svp-international.ch](http://www.svp-international.ch), in Tageszeitungen und Blogs zu verfassen. Wenden Sie sich hierfür jederzeit an unser Sekretariat, an die oben aufgeführte E-Mail-Adresse.

Wir freuen uns ebenfalls sehr über jedes neue Mitglied und Ihre persönlichen Weiterempfehlungen.

### Inge Schütz

Präsidentin SVP International



## Parole für die Abstimmung vom 25. November 2012

---

An der eidgenössischen Volkabstimmung vom 25. November 2012 kommt nur eine Vorlage zur Abstimmung: die Änderung des Tierseuchengesetz.

Der Vorstand der SVP International hat hierzu folgende Parole gefasst:

- [Tierseuchengesetz: JA](#)

## Die "Steuergerechtigkeit" gemäss OECD

---

Es ist ja noch nicht so lange her, da hat der Generalsekretär der OECD, der frühere mexikanische Finanzminister Angel Gurría, hinter dem Rücken der Schweizer Delegation, unser Land auf eine schwarze Liste gesetzt (5. März 2009), die uns als Land mit unfairen Steuerpraktiken brandmarken sollte.

Dies ist Anlass genug, einmal nachzuforschen, wie es denn um die Steuerehrlichkeit und das Verständnis eines fairen Steuersystems aus Sicht der OECD-Beamten steht. Wenn man sich das 433-seitige Salär- und Spesenreglement, aber auch die Jahresrechnung 2011 der OECD zu Gemüte führt, dann stellt man viele Privilegien und folgende Personalaufwendungen fest:

Die rund 2'500 OECD Beschäftigten bezogen EUR 268 Mio. Löhne und EUR 175 Mio. Pensionskassenbeiträge sowie Beiträge an weitere Leistungen nach Beendigung des Dienstes. Daraus errechnet sich eine Durchschnittssalärerhöhung von EUR 177'000. Die 7 Spitzenverdiener, inklusive Generalsekretär Gurría kassierten 2011 ein Salär von EUR 3.2 Mio. (+ 47% gegenüber dem Vorjahr). Pro Kopf entspricht dies einem Betrag von EUR 458'000. Reisespesen etc. sind darin selbstverständlich nicht eingerechnet. Der Spitzensteuersatz für Einkommen ab EUR 150'000 wurde von der neuen französischen Regierung unlängst auf 45% erhöht. Angesichts dieser

Steuersätze müsste man schon fast Bedauern mit den OECD-Beamten haben. Aber in Tat und Wahrheit verhält es sich ganz anders:

**OECD-Beamte bezahlen überhaupt keine Steuern in Paris. Ihre OECD-Einkommen sind steuerbefreit.**

Nun wissen wir es also, was Generalsekretär Angel Gurría unter Steuergerechtigkeit versteht. Er selbst bezahlt in Frankreich keine Steuern, während differenzierte Steuersätze in der Schweiz für Holdings etc. als unfair und schädlich bezeichnet werden. OECD-Beamten stellen sich natürlich auf den Standpunkt, die Steuerbefreiung basiere auf einem Abkommen mit dem Staate Frankreich. Damit wird die Legimitation der Steuerbefreiung begründet. Nun, die Pauschalbesteuerung in der Schweiz, die Holdingbesteuerung etc. basieren nicht nur auf Abkommen mit dem Staat, sondern sie sind gesetzlich verankert.

Während die OECD-Leute den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen unterstützen, haben sie mit den USA ein Abkommen geschlossen, das die OECD-Mitarbeiter von jeglichen Einkommenssteuern befreit. Damit entfällt auch der automatische Informationsaustausch.

Die OECD-Beamten sind ja nicht die einzigen, die laufend gegen die Schweiz hetzen. Auch die Brüsseler-EU-Beamten-schaft wird nicht müde, die Schweiz als Steueroase zu attackieren. Wenn es dann aber darum geht, in der Schweiz Steuern zu bezahlen, wenn diese Beamten hier ihren Lebensabend verbringen, dann sind sie in der Schweiz von Steuern auf ihren EU-Renten befreit. Auch Mitarbeiter von zahlreichen internationalen Organisationen in der Schweiz sind hier nicht steuerpflichtig, obwohl sie unsere Infrastruktur inkl. Schulen benützen.

**Solche Leute sind als "Moralapostel in Steuersachen" ungläubwürdig.**

**Hans Kaufmann**, Nationalrat (ZH)  
Vorstandsmitglied SVP International

## Gescheitertes Dreierreferendum der AUNS?

Art. 5, Ziffer 3, der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft: „*Staatliche Organe und Private handeln nach Treu und Glauben.*“

Was in Sachen Beglaubigung der Unterschriftenbogen geschehen ist, widerspricht dieser Verfassungsbestimmung klar. Für alle drei Beschlüsse zu den Abgeltungssteuerabkommen lagen über 50'000 Unterschriften für ein Referendum vor. Doch aufgrund von skandalösen Versäumnissen auf Gemeindeebene konnte ein grosser Teil nicht rechtzeitig eingereicht werden. Hier haben wir ein Gebaren der Gemeindebehörden erlebt, das so nicht akzeptiert werden darf. Müssten in Zukunft unsere Referenden und Initiativen von Wahlbeobachtern der UNO kontrolliert werden, wie bei unterentwickelten Ländern? Zu beklagen ist auch die diffuse Haltung der SVP Schweiz, welche die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) beim Referendum gegen die drei Steuerabkommen nicht mit allen Mitteln unterstützt hat. Die AUNS darf das Scheitern des Referendums gegen die Steuerabkommen nicht kampfflos hinnehmen. Um was geht es überhaupt:

Bundesrat und Parlament haben das Bundesgesetz vom 15. Juni 2012 über die internationale Quellenbesteuerung mit 96 zu 86 Stimmen bei 13 Enthaltungen, der Ständerat mit 37 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Doch was steckt wirklich hinter dem undurchsichtigen Entscheid von Bundesbern. Die drei überstürzt gebastelten Abkommen zur „Weissgeldstrategie“ von Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, der Schweizerischen Bankiervereinigung und Staatssekretär Michael Ambühl mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich sind schludrig konzipiert und schlecht verhandelt. Die Abkommen stehen als Fremdkörper im Widerspruch zum schweizerischen und zum internationalen Steuerrecht. Kein Land auf der Welt treibt für andere Regierungen Steuern ein! Überdies, die „Abgeltungssteuer“ mit

Deutschland erlaubt sogar deutschen Beamten (hoch zu Ross) die Teilnahme an Kontrollen von Banken in der Schweiz!

Inzwischen interpretiert Staatssekretär Ambühl das verpfuschte Referendum hurtig als „indirekte Zustimmung des Volkes“. Dies alles ist der unabhängigen Schweiz unwürdig.

**Viktor Nell**, Ampolla (Spanien)  
Mitglied SVP International und der AUNS



**Folgen Sie uns auf Facebook:**

<http://www.facebook.com/pages/SVP-International/143892652327095>

## Termine 2013:

Die **Generalversammlung** der SVP International findet wie jedes Jahr im Rahmen des Auslandschweizerkongresses statt:

**Freitag, 16. August 2013 in Davos**

Die **Delegiertenversammlungen** der SVP Schweiz finden an folgenden Daten statt:

**Samstag, 26. Januar 2013**

**Samstag, 4. Mai 2013**

**Samstag, 24. August 2013**

**Samstag, 26. Oktober 2013**

Als Mitglied der SVP International sind Sie immer eingeladen, als Gast oder bei freien Delegiertenkarten auch als Delegierter an einer DV der SVP Schweiz teilzunehmen. Falls Sie Interesse an einer Teilnahme haben, melden Sie sich bei uns!

**Wir wünschen allen eine  
frohe Adventszeit und danach  
einen guten Rutsch ins 2013!**

